

An die
MinisterpräsidentInnen
Der Bundesrat
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Berlin, den 05.10.2020

Betreff: Beratung des Krankenhausukunftsgesetzes am 09.10.2020 im Bundesrat

Sehr geehrter Herr Winfried Kretschmann,
sehr geehrter Herr Markus Söder,
sehr geehrter Herr Michael Müller,
sehr geehrter Herr Dr. Dietmar Woidke,
sehr geehrter Herr Dr. Andreas Bovenschulte,
sehr geehrter Herr Peter Tschentscher,
sehr geehrter Herr Volker Bouffier,
sehr geehrte Frau Manuela Schwesig,
sehr geehrter Herr Stephan Weil,
sehr geehrter Herr Armin Laschet,
sehr geehrte Frau Malu Dreyer,
sehr geehrter Herr Tobias Hans,
sehr geehrter Herr Michael Kretschmer,
sehr geehrter Herr Dr. Reiner Haseloff,
sehr geehrter Herr Daniel Günther,
sehr geehrter Herr Bodo Ramelow,

am 09.10.2020 beraten Sie im Bundesrat über das vom Bundestag am 18.09.2020 verabschiedete Krankenhausukunftsgesetz mit einem einmaligen Investitionsvolumen von 3 Mrd. € vorrangig im IT-Bereich, verteilt auf 3 Wirtschaftsjahre. Dieses Gesetz halten wir für nicht ausreichend. Den Krankenhäusern fehlen jährlich 3 Mrd. € für Investitionen in Krankenhausgebäude, Medizintechnik, IT und sonstige Ausstattungen. Besonders schmerzt das Vorhaben, die Umwandlung von 2- in 1-Bettzimmer genau und nur dann zu fördern, wenn dies zu einer Reduzierung der Klinikbetten insgesamt führt. Wir schließen daraus, dass der Strukturwandel mit Schließungen von Klinikbetten und Krankenhäusern trotz der Corona-Erfahrungen fortgesetzt wird.

Eindringlich fragen wir Sie und den Bundesrat:

- Ist der Einsatz der Krankenhäuser in der Corona-Pandemie bereits vergessen?
- War das Lob vieler MinisterpräsidentInnen und GesundheitsministerInnen über die ÄrztInnen und Pflegekräfte in den Krankenhäusern als „HeldInnen der Nation“ nicht ernst gemeint?
- Haben jetzt wieder die GesundheitsökonomInnen das Sagen, die reguläre Klinikbehandlung aber auch die Behandlung von Pandemien mit nur ca. 600 Krankenhäusern reklamieren?
- Hat das Votum der Bevölkerung keine Bedeutung, die sich nach einer repräsentativen Umfrage zu 88% gegen den Abbau von Krankenhausinfrastruktur ausgesprochen haben? *)

- Muss also das Klinikpersonal jetzt noch stärker um seinen Arbeitsplatz bangen?
- Waren alle Hinweise, dass gerade kommunale Krankenhäuser ihren Verpflichtungen in der Corona-Hochphase nachgekommen sind, vergebens?

Die Krankenhäuser arbeiteten in der Corona-Hochphase am absolut obersten Limit. In einem dramatischen Appell fordern wir deshalb Sie und den Bundesrat auf:

- Erlassen Sie in allen Bundesländern ein Moratorium für Krankenhausschließungen.
- Kommen Sie in Ihren Bundesländern der Verpflichtung zur vollumfänglichen Investitionsfinanzierung nach.
- Drängen Sie die Bundesregierung zum Ersatz des DRG-Fallpauschalensystems durch eine kostendeckende Vergütung der Krankenhausleistungen.
- Gewährleisten Sie auf diese Weise eine flächendeckende wohnortnahe klinische Versorgung, so wie die Bevölkerung es als Bestandteil der Daseinsvorsorge zu Recht fordert.
- Zeigen Sie sich gegenüber dem Klinikpersonal als verlässliche PartnerInnen, bevor es zu spät ist und dieses dringend benötigte Personal enttäuscht nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten sucht.

*) Nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage vom 18. bis 19. Juni 2020 im Auftrag von Gemeingut in BürgerInnenhand sind 88 Prozent der Befragten der Ansicht, dass ein Abbau von Krankenhausinfrastruktur nicht sinnvoll wäre. Nur 9 Prozent halten die Schließung von Krankenhäusern und die Reduzierung der Zahl der Krankenhausbetten für sinnvoll (www.gemeingut.org/forsa-umfrage-grosse-mehrheit-lehnt-krankenhausschliessungen-ab).

Gerne erwarten wir Ihre Antwort
und verbleiben mit freundlichen Grüßen



Laura Valentukeviciute
Mitglied des Vorstands
Gemeingut in BürgerInnenhand



Klaus Emmerich
Klinikleiter a.D.